

Liechtensteiner Volksblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Samstag, 10. November 1973.

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

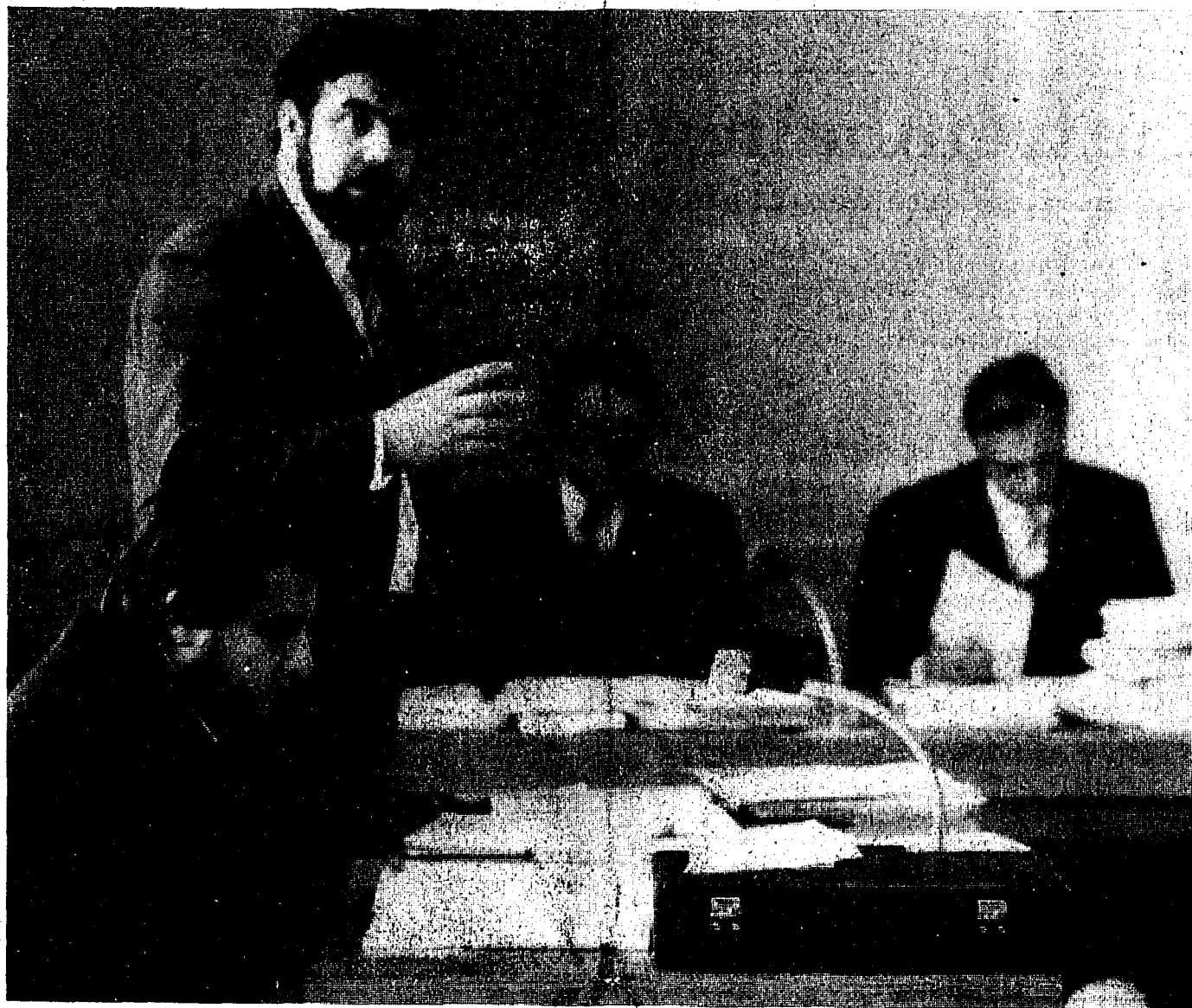
106. Jahrgang - Nr. 167

Landtag

Aus der öffentlichen Sitzung vom Donnerstag

Im Mittelpunkt der öffentlichen Landtagssitzung vom Donnerstag standen die Gesetzesvorlagen über das Luftreinhaltegesetz, das neue Landesbankgesetz und das Gesetz über den Sozialen Wohnungsbau, die in dieser Reihenfolge in erster Lesung durchberaten wurden. Im übrigen beschloss der Landtag einstimmig, den österreichischen Staatsbürger Dr. Walter Kert dem Landesfürsten zur Ernennung als neuen Landrichter vorzuschlagen. Um die Subventionierungsfrage der Vaduzer Marktplatzgarage, die dem Parlament zur Orientierung vorgelegt wurde, entspann sich eine Kontroverse, nachdem einzelne Abgeordnete den vorgesehenen Subventionssatz von 15 Prozent als zu niedrig ansahen. Ein zwischenstaat-

«Ich bin kein Umweltschützer, der die Augen vor der Realität verschliesst. Ich habe in meinem Beruf tagtäglich mit der Frage des Umweltschutzes zu tun» - Der FBP-Abgeordnete Anton Gerner (unser Bild) in der Landtagsdebatte über das Luftreinhaltegesetz. Vorne: der VU-Abgeordnete Dr. F. Beck, im Hintergrund: Vizeregierungschef Dr. Walter Kieber und Regierungschef Dr. Alfred Hilbe. Wir verweisen auf unseren Kurzbericht auf S. 2 der heutigen Ausgabe.



Sozialer Wohnungsbau

Die FBP wird zu allen Verbesserungen JA sagen!

liches Abkommen mit Oesterreich wurde ratifiziert. Die Vorlage zum neuen Ehegesetz wurde angesichts der vorgerückten Stunde auf die nächste Sitzung (am 27. November) verschoben. Die öffentliche Sitzung, die um ca. 10 Uhr vormittags begonnen hatte, dauerte bis nach 20 Uhr am Donnerstagabend.

Unter dem Vorsitz von Präsident Dr. K.H. Ritter, nahmen folgende Abgeordnete an der Sitzung teil. Die Herren Dr. Ernst Büchel, Gamprin, Dr. Alexander Frick, Schaan, Anton Gerner, Eschen, Dr. Georg Malin, Mauren, Dr. Peter Marxer, Vaduz, Hans Verling, Vaduz und Emanuel Vogt, Balzers, für die Fraktion der FBP, sowie die Herren Dr. Franz Beck, Schaan, Cyrill Büchel, Gamprin, Roman Gassner, Vaduz, Eugen Hasler, Schellenberg, Herbert Kindle, Triesen, Anton Marxer, Schaanwald und Eugen Schädler, Triesenberg, für die VU-Fraktion. Auf der Regierungsbank hatten die Herren Vizeregierungschef Dr. Alfred Hilbe, Regierungschef Dr. Walter Kieber und Regierungsrat Dr. Walter Oehry Platz genommen.

Die Bilder zur heutigen Ausgabe stammen von Xaver Jehle (Landtag), Peter (Bischofsbesuch) und A. Kieber (Flury-Kolumne).



Die erste Lesung der Gesetzesvorlage über den Sozialen Wohnungsbau wurde zu einer einseitigen Angelegenheit der FBP-Fraktion, welche eine Reihe von formulierten Änderungs- und Verbesserungsvorschlägen einbrachte, die von Regierungschef Dr. Alfred Hilbe teilweise als «Verbesserungen» anerkannt, teilweise bekämpft wurden. Demgegenüber beschränkten sich die Mitglieder der VU-Fraktion darauf, die FBP-Anträge zur Gesetzesvorlage (je nach Situation) positiv oder negativ zu kommentieren.

Mit Ausnahme von zwei Anregungen (Steuerbegünstigtes Bausparen und Sozialer Wohnungsbau auf genossenschaftlicher Ebene), die weder formuliert noch konkreti-

siert waren, überliess die Mehrheitsfraktion die Arbeit und den Dialog zur neuen Gesetzesvorlage ausschliesslich den Vertretern der FBP.

Die Eintretensdebatte wurde mit einem ausführlichen Votum von Landtagsvizepräsident Dr. A. Frick eröffnet, der die Haltung der FBP-Fraktion zur Gesetzesvorlage umriss: Die FBP sagt «geschlossen ja zu allen tragbaren Anträgen, die der möglichst breiten Streuung des Besitzes dienen. Sie sagt grundsätzlich auch ja zur Förderung des Baues von Mietshäusern in öffentlichem Besitz, allerdings wird sie hier eine Aenderung in Vorschlag bringen. Für Verschlechterungen des heutigen Zustandes aber wird die Fraktion der Bürgerpartei nicht

zu haben sein. Wenn die Gesetzesvorlage nun die Zinsfreiheit der gewährten Förderungsdarlehen abschaffen will und ab dem 10. Jahre gar 5 Prozent Zins hierfür vorsieht, so müssen wir jetzt schon mitteilen, dass wir das nicht mitmachen werden...»

Das Eintretensvotum von Landtagsvizepräsident Alexander Frick, das wir in einer unserer nächsten Ausgaben wörtlich wiedergeben werden, schloss mit der Feststellung: «Die Fraktion der Bürgerpartei beantragt Eintreten auf die Vorlage. Unsere Fraktion wird zu allen Verbesserungen ja sagen, sie wird von sich aus auch entsprechende Anträge stellen, sie wird aber allen Versuchen, dieses äusserst wichtige Gesetz auszuhöhlen,

es praktisch unwirksam zu machen, mit aller Klarheit entgegentreten.»

In der nachfolgenden, ersten Lesung unterbreitete die FBP-Fraktion sodann eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen in Form von formulierten Anträgen. Teilweise haben wir sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe allgemein verständ-

Fortsetzung auf S/2

Die aktuelle Frage

Sozialer Wohnungsbau: Soll die Vorlage schubladisiert werden?

Den breitesten Raum der öffentlichen Landtagssitzung vom Donnerstag nahm die erste Lesung des Gesetzes über den «Sozialen Wohnungsbau» ein. Auf diesen Namen wurde das im Jahre 1958 von der damaligen FBP-Regierung (gegen den Widerstand der VU) geschaffene Eigenheimgesetz umgetauft. Die Gesetzesvorlage zum Sozialen Wohnungsbau unterscheidet sich vom bisherigen Eigenheimförderungsgesetz im wesentlichen dahingehend, dass es (mit Ausnahme der Verzinslichkeit der staatlichen Darlehen) bei der bisherigen Eigenheimförderung bleibt. Zusätzlich sollen in Zukunft auch Mietwohnungen gefördert werden, die von den Gemeinden zu errichten sind. Die FBP hatte sich nicht darauf beschränkt, die neue Vorlage kritisch unter die Lupe zu nehmen. Im Landtag vom Donnerstag unterbreitete sie eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen, welche so formuliert und auch gedacht waren, dass sie nahtlos in die bestehende Vorlage eingebaut werden könnten (siehe auch Zusammenfassung auf Seite 3). Die wesentlichen Anträge wurden dem Landtag schriftlich unterbreitet. Die FBP-Fraktion hatte gehofft, dass die Vorlage im Sinne ihrer Verbesserungen bis zur nächsten Landtagssitzung hätte bereinigt und noch dieses Jahr verabschiedet werden können. Die VU-Mehrheitsfraktion bestimmte dann, dass eine Kommission zu bilden sei, die sich mit den FBP-Anträgen zu befassen habe. Ist damit die Gesetzesvorlage über den Sozialen Wohnungsbau für längere Zeit in einer grossen Schublade verschwunden? Die Frage drängt sich doch auf, wenn man an die schleppe Arbeit der Landtagskommissionen in Sachen Umfahrungsstrasse, Grundstückschätzungen und «Liechtensteinerin bleiben» denkt, welche teilweise schon seit mehr als einem Jahr lang unerledigt bei Landtagskommissionen liegen. Die FBP-Fraktion hat alles unternommen, was eine Minderheit tun kann, um ihren Einfluss auf die Gesetzesvorlage geltend zu machen. Es wäre erfreulich und wünschenswert, wenn diese umfangreiche und aktive Mitarbeit von selten der VU diesmal durch speditive Erledigung in der gewählten Kommission honoriert würde.

Vaduz: Der Bischof kommt

Pontifikalamt mit Festpredigt morgen Sonntag (9.30 Uhr)

Aus Anlass des Jubiläums «100 Jahre Pfarrkirche Vaduz» wird Landesbischof Dr. Johannes Vonderach morgen Sonntag in unserer Residenz weilen. Das Pontifikalamt mit einer Festpredigt des Bischofs beginnt um 9.30 Uhr. Im Anschluss daran findet im neuen Vaduzer Saal die weltliche Jubiläumsfeier statt, in deren Rahmen das Jubiläumsbuch «100 Jahre Pfarrkirche» übergeben und eine Sonderausstellung eröffnet wird.

Vom Pfarramt Vaduz ist uns folgende Willkommadresse an den Bischof übergeben worden:

«In Verehrung und Dankbarkeit heisst die Pfarrgemeinde Vaduz den hochwürdigsten Bischof Dr. Johannes Vonderach herzlich willkommen.

Morgen Sonntag wird der Ober-

hirte anlässlich der Jubiläumsfeier unserer Pfarrkirche dem Volk das Gotteswort verkünden und das hl. Opfer feiern.

Mit dem Dank für die Gnaden

eines Jahrhunderts werden wir durch Christus die Bitte vor den Himmlischen Vater tragen, dass er auch weiterhin unsere Gemeinde mit seiner Liebe segne.»

